

Zürichsee-Zeitung 7. Juli 2005

Die Zukunft liegt im Kleingewerbe.

Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika – ein Fass ohne Boden?

Richard Gerster*

Ein globales Feuerwerk von Pop-Konzerten stimmte 2005 auf mehr Gerechtigkeit für Afrika ein. Unter dem Vorsitz von Tony Blair sollen die G-8 die Partnerschaft mit Afrika erneuern und die Hilfe verdoppeln. Von der Öffentlichkeit noch wenig beachtet, sind eine ganze Anzahl afrikanische Länder daran, ihr Haus in Ordnung zu bringen. Sie haben auch bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen. Andere jedoch sind zerbrechliche Staaten, deren Weg ungewiss erscheint. Zu einer wirksamen Entwicklungszusammenarbeit gibt es keine Alternative. Doch Afrika braucht auch faire Handels- und Finanzbeziehungen. Sie werden zum Lackmustest einer neuen Entwicklungspartnerschaft.

Weltwirtschaftlich befindet sich Afrika südlich der Sahara im Abseits. Die 650 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara erzeugen ein Volkseinkommen, das nicht viel höher ist als jenes der gut sieben Millionen Einwohner der Schweiz. Ungelöste wirtschaftliche und politische Probleme schlagen sich deutlich in der Armut, bei den Flüchtlingen und AIDS nieder. Noch wenig bemerkt von der Öffentlichkeit haben sich jedoch eine ganze Reihe von Staaten um weitreichende Reformen im Lande bemüht und namentlich ihr Gesundheits- und Bildungswesen verstärkt. Bereits über mehrere Jahre hinweg und mit einigem Erfolg machen dies Länder wie Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Ghana, Mozambique, Tansania oder Uganda. Die Erfolgswege basieren auf einer verbesserten Regierungsführung und Bekämpfung der Armut.

„Viele Einwohner, wenige Bürger“

Afrika teilt sich südlich der Sahara auf in 48 Staaten mit Grenzen, welche grossen Teils Kinder der Kolonialmächte sind. Der Nationalstaat stellt in Afrika ein künstliches Gebilde dar so wie der westliche Individualismus ein Fremdkörper blieb. Man fühlt sich der Familie verpflichtet, auch der eigenen Volksgruppe, aber der Staat dient kaum der Identifikation. „Wir haben viele Einwohner, aber nur wenige Bürger“, sagte kürzlich ein Togolese. Für Beamte ist weniger die Amtspflicht massgebend als persönliche Loyalität zu Vorgesetzten. Die Grenzen zur Korruption verwischen sich.

Die Regierung von Uganda liess vor einigen Jahren untersuchen, wie viel von den Schulgeldern, welche sie den Primarschulen im Lande überweisen liess, gemäss lokaler Buchhaltung in den Schulen ankam. 1995 verschwanden zwischen Hauptstadt und Dorf über 70 Rappen jedes Frankens! In der Folge begann die Regierung ihre Transfers über Radio und Zeitungen zu veröffentlichen, und die Schulen ihrerseits wurden verpflichtet, die eingegangenen Gelder monatlich zu publizieren. Transparenz half: bis 1999 stiegen die Eingänge der Schulen von 30 auf gegen 100 Prozent. Im Meer der Unzulänglichkeiten gibt es immer mehr derartige Erfolgsgeschichten.

An einer Weltbank-Konferenz erwähnte ein Vertreter Malawis, dass seine Regierung eine Politik der Null-Toleranz gegenüber Korruption verfolge. Im Saal brach spontanes Gelächter aus, obschon – oder weil – fast alles Afrikaner waren. Das Verständnis, dass die öffentliche Hand gegenüber der Bevölkerung über ihr Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen hat, gewinnt an Boden. Auch in der afrikanische Tradition gibt es Spielregeln, um die Macht der Führer zu beschränken und sie zur Rechenschaft gegenüber den Leuten zu verpflichten.

Arbeit gegen Armut

Mit einer Verbesserung des Erziehungs- und Gesundheitswesens ist es nicht getan. Die Bevölkerung braucht Arbeit und Verdienst. Hohes wirtschaftliches Wachstum, gestärkt durch die Ansiedlung neuer Industrien, soll zum Beispiel in Mozambique den Sprung nach vorne ermöglichen. Mehrere Mega-Projekte wie die Aluminium-Schmelze Mozal bringen ausländische Investitionen von 10 Milliarden Dollar. Doch die Zahlen trügen: Es werden so nur rund 20'000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das sind weniger als ein Prozent der drei Millionen Männer und Frauen, welche in Mozambique bis 2010 neu erwerbstätig werden. Im Rahmen der auslandfinanzierten Grossprojekte kostet jeder neue Arbeitsplatz ein bis zwei Millionen Dollar, während bei den bestehenden Unternehmen der Kapitaleinsatz durchschnittlich nur 15'000 Dollar pro Arbeitsplatz ausmachte.

Die Zukunft liegt nicht in spektakulären Grossprojekten, sondern in der Landwirtschaft und einem dynamischen Kleingewerbe mit einer Grosszahl von kleinsten, kleinen und mittleren Firmen. Dazu zählt auch die informelle Wirtschaft, welche in Mozambique 95 Prozent aller Menschen das Überleben ermöglicht, während der Staat und die formelle Wirtschaft nur gerade fünf Prozent aller Arbeitsplätze ausmachen. Mozambique hat seit 1996 die Armut im Land von bisher 70 auf 54 Prozent der Bevölkerung verringern können und will bis 2010 die 50 Prozent-Marke unterschreiten.

Im Würgegriff der Weltwirtschaft

Rohstoffreichtum ist keine Garantie für Wohlstand. Das wissen die Länder Afrikas zur Genüge. Denn in keinem anderen Kontinent sind so viele Volkswirtschaften so ausgeprägt von den Einnahmen aus dem Rohstoffexport abhängig, oft sogar von einem einzigen Produkt. Global machen Rohwaren weniger als einen Fünftel des Welthandels aus; Afrika südlich der Sahara – ohne der Sonderfall Südafrika – bestreitet jedoch 75 Prozent aller Exporte mit Rohstoffen. Auf der Abnehmerseite liegt die Vermarktung z.B. bei Kaffee, Kakao, Baumwolle, Tabak, Jute, Tee, Kupfer, Bauxit, Zinn, Bananen, Kautschuk, Zucker oder Phosphat in den Händen von jeweils wenigen Konzernen. Die Konzerne werden kaum freiwillig darauf verzichten, ihre Marktmacht auszuspielen.

Von Erdöl abgesehen, verschlechtern sich langfristig die Handelsbedingungen für die Rohstoffproduzenten. Diese These wurde bereits 1950 aufgestellt und hat sich seither bestätigt. Je niedriger die Preise, desto mehr wird das Angebot ausgeweitet, um die Erlösausfälle zu kompensieren. Das erhöhte Angebot wiederum lässt die

Preise vollends in den Keller purzeln. Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad leben vom Anbau der Baumwolle. 5-10 Prozent des Volkseinkommens und 30 Prozent der Ausfuhereinnahmen stammen vom „weissen Gold“. 1999 – 2002 steigerten sie die Produktion um 14 Prozent, doch die Exporterlöse brachen um mehr als das Doppelte ein. Die Ursachen: Die USA und die EU subventionieren ihre Baumwollbauern massiv. Wider alle Handelsregeln „vergolden“ allein die USA ihre 25'000 Farmer mit rund 3,3 Milliarden Dollar pro Jahr. Das drückt auf die Weltmarktpreise. Der Schaden übersteigt z.B. in Mali die US-Entwicklungshilfe bei weitem. Die Baumwollsubventionen gefährden 10 Millionen afrikanische Baumwollbauern in ihrer Existenz, obschon sie weltweit am günstigsten und erst noch gentechfreie Qualität produzieren.

Entwicklungspartnerschaft?

Es ist eine ernüchternde Erfahrung für jene Länder, welche das eigene Haus in Ordnung bringen, dass sie zur Zeit kaum mit zusätzlicher Entwicklungshilfe rechnen können. Zwar ist die internationale Gemeinschaft anlässlich der Jahrtausendwende die Verpflichtung eingegangen, die Armut bis 2015 zu halbieren und andere „Millennium Entwicklungs-Ziele“ zu erreichen. Doch die leeren Staatskassen in den Industrieländern stehen einer Steigerung der Entwicklungshilfe im Wege. Auf diesem Hintergrund ist die Initiative von Tony Blair zu sehen, die Hilfe an Afrika zu verdoppeln, und auch neue Quellen – zum Beispiel die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen – der Entwicklungsfinanzierung zu erschliessen.

Zu einer neuen Partnerschaft mit Afrika gehören nicht nur die Eigenanstrengungen der afrikanischen Staaten. Auch Europa und die Schweiz sollten die sich abzeichnenden Fortschritte in Afrika mit zusätzlicher Entwicklungszusammenarbeit honorieren und zu einer Neuorientierung der Handels- und Finanzbeziehungen im Dienste der Armutsbekämpfung Hand bieten. Wenn die Baumwoll- oder Zuckerproduzenten Afrikas auf dem Weltmarkt eine faire Chance haben, wird sich auch die Entwicklungshilfe nicht als Fass ohne Boden entpuppen.

* Richard Gerster, Dr. oec., (Richterswil), hat an der Universität St.Gallen Wirtschaftswissenschaften studiert. Er ist seit Jahren entwicklungspolitisch tätig (www.gersterconsulting.ch) und Autor von „Globalisierung und Gerechtigkeit“ (hep-Verlag 2005). Als selbständiger Berater besucht er Afrika mehrfach jedes Jahr.